

5.3 Wettbewerbspolitik

...

Gesetzlich geregelt ist die Arbeit des Bundeskartellamtes im *Kartellgesetz* (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen). Darin ist festgelegt, dass Preiskartelle, Gebietskartelle und auch Importkartelle verboten und alle anderen grundsätzlich erlaubt sind.

Unter *Gebietskartellen* versteht man dabei Absprachen, die den Markt räumlich unter die beteiligten Unternehmen aufteilen, z. B. bei Bauausschreibungen in einem bestimmten Gebiet reichen alle „Konkurrenten“ ein teurere Gebote ein, damit das Unternehmen, das den Zuschlag erhalten soll, diesen zu entsprechend überhöhten Preisen realisieren kann.

Mit der letzten *Novelle des Kartellgesetzes 2007* sind die begrifflichen Benennungen der erlaubten Kartelle (Normen- und Typenkartell, Konditionenkartell, Rationalisierungskartell, Spezialisierungskartell, Strukturkrisenkartell etc.) weggefallen und durch eine allgemeine Formulierung ersetzt worden: Erlaubt sind danach *Vereinbarungen, die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.*

Mittelstandskartelle (§ 3 GWB) können auf Antrag erlaubt werden, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit kleiner oder mittlerer Unternehmen zu verbessern helfen.

...